

## In Kürze

## Neuer Kantonsrat

Für den zurückgetretenen Beat Hegner (SVP, Schwyz) wird neu Pirmin Bürgler (SVP, Schwyz) als Kantonsrat vereidigt.

## Drei Richterwahlen

Für den zurücktretenden Werner Bruhin wird neu Josef Hensler, Einsiedeln, zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts gewählt. Er war bisher Vize, für ihn rückt Gion Tomaschett, Brunnen, nach. Neu ins Strafergericht gewählt worden ist Antonia Birchler, Einsiedeln.

## Konkordatsberichte genehmigt

Die Jahresberichte der Konkordate werden genehmigt.

## Neue Veterinärverordnung

Für die Bereiche Tierschutz, Veterinärmedizin, Tierhaltung und Seuchenbekämpfung wird eine neue Veterinärverordnung erlassen. Die Tierhalter werden auch künftig minimale Beiträge leisten müssen.

## ÖV-Beiträge gesprochen

An das Investitionsprogramm 2012 der SOB wird ein Beitrag von 3,1 Mio. Franken genehmigt, an Perron-Sanierungen 260 000 Franken. Ein Beitrag von 1,46 Mio. Franken an den neuen Busbahnhof Küssnacht wird jedoch mit 47 zu 42 Stimmen abgelehnt.

## Worte des Rates

«Dieser Fonds ist hundert Jahre älter als ich und wird darum aufgelöst.»

**Beat Keller zur Auflösung des Tierseuchenfonds**

«Wir wollen verhindern, dass der Regierungsrat etwas herumchüchled.»

**André Rüegsegger mit einer vorsorglichen Abwehr von Umbackelüsten**

«Der Regierungsrat dökterled nicht und er chüchled nicht.»

**Landammann Armin Hüppin mit dem Dementi dazu**

«Wir müssen doch wissen, wollen wir das oder wollen wir dies, und dann dies oder jenes.»

**Edi Laimbacher mit einer versuchten Klärung zum Abstimmungsprozedere**

«Ich wollte damit nur zeigen, was eine Fliege so alles anrichten kann.»

**Pius Schuler mit einer Schilderung der übertragbaren Gämsblindheit**

«Bei Hunden hat man meistens ein Robi-Dog-Säcklein dabei, beim Menschen ist dies nicht der Fall.»

**Beat Keller mit einer sehr realistischen Schilderung von inneren Bedürfnissen auf Alpen ohne WC**

«Ich sage noch etwas zur Kantonsrätin dahinten, dort drüben, Sibylle Dahinden.»

**Marcel Dettling mit einer beinahe namenkundlichen Erklärung**

«Mit diesem Geld können sie nicht dem Nachbar seine Meersau impfen.»

**Landammann Armin Hüppin zu den Grenzen der Seuchenbekämpfung**

«Vor allem der Pendlerstrom Küssnacht–Bern wird jetzt zunehmen.»

**Rolf Bolting mit einer Prognose für die neue Nationalrätin Petra Gössi**

«Wir hatten unterschwellig schon immer das Gefühl, dass wir gut sind.»

**Peter Häusermann zum Selbstverständnis der SVP-Fraktion**

«Der eine dort ist auch seit Geburt anwesend.»

**Armin Camenzind zur Frage der Ortsbürgerschaft von Kantonsräten**

## Kein Geld an Bahnhof Küssnacht

**Seit bald zwei Jahren besteht eine Rechtsgrundlage, damit der Kanton Schwyz Investitionsbeiträge an Bahn- und Busanlagen leisten kann. Trotzdem wurde jetzt ein Beitrag an den neuen Busbahnhof in Küssnacht abgelehnt.**

Von Josias Clavadetscher

*Kanton.* – Bis Anfang 2010 waren dem Kanton die Hände gebunden. Er hatte gar keine Möglichkeit, Beiträge an Neu- und Ausbauten von Bahnhöfen oder Bushaltestellen zu leisten. Darum sind auch etliche Projekte liegen geblieben, weil eine kantonale Beteiligung und Unterstützung fehlte.

Mit dem revidierten Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs hat das geändert. Es ist im Januar 2010 in Kraft gesetzt worden. Und

schon einen Tag später lag ein Gesuch des Bezirksrats Küssnacht auf dem Tisch der Regierung in Schwyz. Küssnacht hat parallel zum SBB-Projekt für den Um- und Ausbau des über 100-jährigen Bahnhofs Küssnacht auch einen Busbahnhof geplant. Dafür hat der Bürger schon 2007 einen Kredit von 3,6 Mio. Franken bewilligt. Gemäss Berechnung anhand der Frequenzen und der Bedeutung der dort zirkulierenden sieben Buslinien wurde der Beitrag des Kantons Schwyz auf 1,46 Mio. Franken festgelegt.

## Mehrere Gründe für Ablehnung

Trotz Rechtsgrundlage und regionaler Funktion des Busbahnhofs ist dieser Beitrag jetzt aber nicht gesprochen worden. Unter Namensaufwurf wurde der Beitrag mit 47 zu 42 Stimmen abgelehnt. Erstaunlich war, dass die Opposition dagegen aus Küssnacht selber aufgegriffen worden ist. Beat Ehr-

ler (SVP, Küssnacht) wies darauf hin, dass Küssnacht den Bau dieses Busbahnhofs selber beschlossen, aufgrund der Finanzkraft problemlos finanzieren und schon längst abgeschlossen habe. Wenn der Kanton schon Budget-Defizite ausweisen und Hausmassnahmen ergreifen müsse, dann sollte er «nicht Gelder leichtfertig verteilen». Peter Häusermann (SVP, Küssnacht) warnte vor einer Mentalität, einfach überall Gelder abzuholen. Rolf Bolting (FDP, Schwyz) störte sich daran, dass das Investitionsgesuch schon einen Tag nach Inkraftsetzung des neuen Gesetzes eingereicht worden ist, das Projekt schon längst im Bau steht, der Busbahnhof im Dezember eröffnet wird und der Kanton zum Ausbau und dem Standard nichts zu sagen hatte.

Andere Küssnächter Parlamentarier wiesen auf die Bedeutung dieses regionalen Projekts hin. Armin Ca-

menzind (CVP, Küssnacht) betonte, dass das Gesuch alle Kriterien für einen Beitrag erfülle. Sibylle Dahinden (SP, Küssnacht) erinnerte daran, dass hier täglich 2800 Personen ein- und aussteigen, und Eva Isenschmid (FDP, Küssnacht) wunderte sich, dass man ein Gesetz erlasse, das dann plötzlich nicht mehr gelten soll.

## Kriterien seien «butterweich»

Auch Baudirektor Othmar Reichmuth konnte die Opposition nicht mehr umkehren. Küssnacht habe ein korrektes Gesuch eingereicht, erklärte er, das gemäss Gesetz behandelt und beurteilt werden müsse. Der Kantonsrat nutzte jedoch die im Gesetz verankerte Kann-Formulierung und verweigerte den Beitrag. Martin Michel (FDP, Lachen) wies darauf hin, dass die Kriterien für die Beiträge «butterweich» seien. Eine Verbesserung sei erforderlich.

## Hensler neuer Gerichtspräsident

**Josef Hensler ist neuer Präsident des Verwaltungsgerichts, Gion Tomaschett neuer Vizepräsident. Diese beiden Wahlen waren unbestritten und gelten für die Amtszeit 2012–2016.**

*Kanton.* – Mit glänzenden 94 Stimmen ist der promovierte Jurist Josef Hensler, Einsiedeln, zum neuen Präsidenten des Schwyzer Verwaltungsgerichts gewählt worden. Er war seit 1983 zuerst als Gerichtsschreiber und ab 1996 als vollamtlicher Richter und Vizepräsident am Verwaltungsgericht tätig. Die Rechts- und Justizkommission zeigte sich deshalb überzeugt, dass mit Hensler die hohe Qualität des Gerichts gesichert werden kann. Als Henslers Nachfolger im Vizepräsidium ist mit 68 Stimmen der bisherige Gerichtsschreiber Gion Tomaschett, Brunnen, gewählt worden. Er ist seit 1986 am Verwaltungsgericht tätig.

Die Wahl eines neuen verantwortlichen Leiters des Verwaltungsgerichts wurde notwendig, weil der bisherige Präsident Werner Bruhin, Rickenbach, Mitte 2012 in Pension geht. Bruhin ist seit 1979 im Amt und war erst der zweite Präsident des Schwyzer Verwaltungsgerichts.



In geheimer Wahl durchs Parlament gewählt: Josef Hensler (links) tritt per 1. Juli 2012 als neuer Präsident des Verwaltungsgerichts des Kantons Schwyz an, Gion Tomaschett als neuer Vizepräsident.



Bilder Andreas Seeholzer

Die Ersatzwahl für den auf Ende Jahr zurücktretenden nebenamtlichen Strafrichter Hansruedi Sollberger, Einsiedeln, ist zugunsten von An-

tonia Birchler, Einsiedeln, ausgegangen. Sie erhielt in geheimer Wahl 57 Stimmen. Ihre Gegenkandidatin Myrta Freimann, Morschach, erreichte 38

Stimmen. Birchler wurde von der SVP portiert, sie war während zwölf Jahren als Bezirksrätin in Einsiedeln tätig. (cj)

## Bauern müssen weiter Seuchenbeitrag zahlen

**Schwyz hat eine neue Veterinärverordnung erhalten. Damit wird der Tierseuchenfonds abgeschafft. Die Tierhalter haben aber auch weiterhin einen Beitrag an die Seuchenbekämpfung zu leisten.**

*Kanton.* – Eine neue Veterinärverordnung ist notwendig geworden, weil Bundesrecht geändert hat, der Kantonstierarzt neu für den gesamten Vollzug des Veterinärrechts im Kanton zuständig ist und weil neu alle Bereiche von Tierschutz, Veterinärmedizin, Tierhaltung und Seuchenbekämpfung in einem Erlass zentral geregelt werden sollen.

## Letzter Fonds aufgelöst

Ebenfalls ist dabei mit einigen alten Regelungen aufgeräumt worden. In allen anderen Bereichen hat der Kanton frühere Fonds aufgelöst, der Tierseuchenfonds ist als Kuriosum bis heute noch geblieben. Jetzt wird er liquidiert, die Zahlungen bei Seuchen-

fällen werden künftig direkt aus der Staatskasse vorgenommen. Die Tierhalter dagegen werden weiterhin einen Beitrag leisten müssen. Die SVP stellte zwar den Antrag, diese zu streichen. Der Rat hat dies mit 44 zu 34 Stimmen abgelehnt. Landammann Armin Hüppin hatte darauf hingewiesen, dass der grosse Teil von Seuchekosten durch Steuergelder finanziert wird und der Beitrag heute pro Stück Grossvieh nur sechs Franken beträgt.

## Hohe Bussen möglich

Ebenfalls war umstritten, wann die Regierung in Seuchenfällen die Entschädigungen herabsetzen oder ganz streichen können soll. Schliesslich wurde es der Regierung überlassen, die Kriterien festzulegen. Diese nur auf fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten zu beschränken, wurde als zu unbestimmt erachtet und mit 43 zu 3 und 52 zu 39 Stimmen abgelehnt. Auch eine Reduktion der möglichen Bussen wurde abgelehnt. Sie betragen maximal 20 000, für Unternehmen sogar 100 000 Franken. (cj)

## Beiträge an SOB beschlossen

**Seit dem verweigerten Nachkredit an den Bahnhofausbau Biberbrugg ist man ein gebranntes Kind. Diesmal sind aber beide Beiträge genehmigt worden.**

*Kanton.* – Das damalige Protest-Nein zu Beiträgen an den Ausbau des SOB-Bahnhofs Biberbrugg sitzt immer noch in den Knochen. Auch diesmal ging es nicht ganz ohne Kritik. Schliesslich hat der Kantonsrat aber mit 70 zu 10 Stimmen 3,1 Mio. Franken an die Programmfinanzierung 2012 und mit 65 zu 2 Stimmen einen Beitrag von 260 000 Franken an Perronerhöhungen in Schindellegi und Wilen-Wollerau genehmigt. Beim ersten Betrag handelt es sich um Ausbauten von brutto 20,1 Mio. Franken im Rahmen des Betriebs, beim zweiten um eine Massnahme zur Herstellung der Behindertengängigkeit. Kritisiert wurde aber, dass der Kantonsrat zunehmend weniger zu den Projekten sagen und bald nur noch Globalkredite auf vier Jahre hinaus bewilligen kann. Die terminlichen Probleme lagen diesmal aber in Schwyz: vier Monate lang hatte man kein Budget. (cj)

## Ausnüchterung selber bezahlen

**Wer künftig von der Polizei aufgegriffen und zur Ausnüchterung in eine Zelle gesteckt werden muss, der soll die Kosten dafür selber tragen müssen. Dies will man im Gebührensatz so verankern.**

*Kanton.* – Analog wie im Kanton Zürich soll auch in Schwyz künftig nicht mehr der Steuerzahler die Kosten tragen müssen, wenn jemand wegen Drogen- oder massiven Alkoholmissbrauchs aufgegriffen und von der Polizei zur Ausnüchterung in eine Zelle gesteckt werden muss. Marianne Betschart (CVP, Ibach) und Adrian Dumermuth (CVP, Goldau) haben ein entsprechendes Postulat eingereicht, die Regierung hat es unterstützt und der Kantonsrat gestern erheblich erklärt. Wenn nächstes Jahr die Gebührenordnung überprüft und angepasst wird, soll diese «Dienstleistung» so verankert werden, dass der Kanton dies verrechnen kann. Man wolle dem ein Ende machen, dass die Allgemeinheit auch noch die Kosten tragen müsse, welche durch Rauschtrinker und durch unkontrolliertes Saufen verursacht würden. (cj)